

N I E D E R S C H R I F T

zur 29. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 20.11.2014.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 21:15 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Thomas Nuhn (I. Beigeordneter), Elisabeth Wege, Reinhard Karber, Andreas Tauche, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlten:

Alexander Steiß, Helge Fuhr und Reiner Sauer

Schriftführerin:

Frau Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3. Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2014 bezüglich der Schaffung einer
Einsatzstelle "Generationen- und Integrationsmanager" im Rahmen des
Bundesfreiwilligendienstes**

30/5/2014/11-16

4. **Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie:
Ober- und unterwasserseitige Wiederanbindung des Altwassers (Röthger
Pfuhl) an die Lahn**
60/12/2014/11-16
5. **Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2014 auf Durchführung einer
Organisationsuntersuchung;**
11/27/2014/11-16
6. **Anfragen**
7. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse und die Zuschauerin. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Es waren 22 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Den Mandatsträgern Hilmar Stahl, Christian Fischer und Martina Klein gratulierte er nachträglich herzlich zum Geburtstag.

2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters<<2. Bericht aus dem Gemeindevorstand**

Datum GVO-Sitzung	TOP	Thema
09.10.2014	9	Beschluss, die Planungen zur Kenntnis zu nehmen (1. 34. Änderung Flächennutzungsplan OT Argenstein, 2. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 02.4 „Zeiteninsel“, OT Argenstein) und die Offenlage mit der vorherigen Weiterleitung der Unterlagen an die Fraktionsvorsitzenden zu empfehlen.
	10	<p>Beschluss, den Gemeindevorstandsbeschluss aus dem Jahre 2006 (Drucksache 30/1/2006/06-11) aufzuheben und wie folgt neu zu fassen:</p> <p>Der Gemeindevorstand beschließt, Ausnahmegenehmigungen nach § 24 Abs. 1 der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz (Genehmigung zum Abbrennen eines Feuerwerkes der Klassen I u. II) nur bei Vorliegen einer der folgend genannten Anlässe zu erteilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hochzeiten • Polterabende • Silberhochzeiten, Goldene Hochzeiten, Diamantene Hochzeiten • Runde Geburtstage (ab 50.) • Firmen- u. Vereinsjubiläen <p>Aus dieser Auflistung lässt sich allerdings kein Anspruch auf Erteilung</p>

einer Erlaubnis ableiten. Vielmehr soll die Erlaubniserteilung bzw. eine Versagung jeweils nach Prüfung des Einzelfalles (Abtrennort, Häufigkeit etc.) erfolgen.

11

Beschluss, ab dem 01.01.2015 für das Ausleihen von Absperrmaterialien und Verkehrszeichen an Privatpersonen oder Gewerbetreibende folgende Gebühren zu erheben:

Tagesgebühr	Absperrschranke mit Füßen	5,00 €
Wochengebühr	Absperrschranke mit Füßen	20,00 €
Tagesgebühr	Warnbake mit Füßen	3,00 €
Wochengebühr	Warnbake mit Füßen	12,00 €
Tagesgebühr	Blink- bzw. Dauerleuchte	3,00 €
Wochengebühr	Blink- bzw. Dauerleuchte	12,00 €
	Batterien für Leuchten	0,50 €/Tag u. Leuchte
Tagesgebühr	Verkehrszeichen (z.B. Baustelle)	3,00 €
Wochengebühr	Verkehrszeichen (z.B. Baustelle)	12,00 €

Die Bereitstellung von Absperrmaterialien und Verkehrszeichen für Veranstaltungen von ortsansässigen Vereinen und Verbänden bleibt, mit Ausnahme der Gebühr für die Nutzung von Batterien (Blinkeuchten), kostenfrei.

Liefer- bzw. Abholpauschalen

Lieferung durch kommunalen Bauhof an Private, Gewerbebetriebe und Vereine

Pauschal - 30,00 €

Abholung durch kommunalen Bauhof bei Privaten, Gewerbebetrieben und Vereinen

		Pauschal - 30,00 €
	13.1	Beschluss, den Auftrag für die Putz- und Wärmedämm-Verbundsystemarbeiten (U3) in Höhe von Brutto 39.261,64 € an Fa. Back zu erteilen.
	13.2	Beschluss, den Auftrag für die Außenanlage und Zaunarbeiten (U3) in Höhe von Brutto 47.138,28 € an Fa. Heinrich Naumann zu erteilen.
	13.3	Beschluss, den Auftrag für die Estricharbeiten (U3) an Fa. Fliesen- und Estrich Schmidt GmbH in Angebotshöhe von Brutto 4.276,86 € zu erteilen.
16.10.2014	6.1	Beschluss, für den Strombezug der gemeindlichen Liegenschaften und der Straßenbeleuchtung ab dem 01.01.2015 das Angebot der Stadtwerke Marburg vom 07.10.2014 anzunehmen.
	6.2	Beschluss, den Auftrag (Heizungsanlage BGH Owe) in Höhe von Brutto 6.902,00 € an die Fa. Krieb zu erteilen und überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 4.559,00 € zu beschließen; die Deckung der notwendigen Ausgaben erfolgt über die gebildeten Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 zur Kostenstelle I-1502005-0960010.
	6.3	Beschluss, den Auftrag (Fliesenarbeiten U3) in Angebotshöhe von 9.522,38 € einschließlich Mehrwertsteuer, an Fa. Fliesen Simon zu erteilen.
	6.4	Beschluss, den Auftrag (Innenausstattung U3) in Angebotshöhe von Brutto 20.467,38 € an die Fa. Dusyma Kindergartenbedarf GmbH zu erteilen.
30.10.2014	5	Beschluss, die im Entwurf vorliegende Verpflichtungserklärung (Abstimmungsgespräch zur Finanzierung von nicht unternehmensbedingten Maßnahmen im Rahmen der Wege- und Gewässerplanung) vorzunehmen.
	6	Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen: Die Gemeindevertretung beschließt, die Gemeinde Fronhausen zu ermächtigen, die notwendigen Schritte, welche zur Umsetzung der Maßnahme, „Röthger Pfuhl“ notwendig sind, durchzuführen. Grundlage hierfür ist der öffentlich rechtliche Vertrag zwischen der Gemeinde Fronhausen und dem Land Hessen.
	7.1	Beschluss, den Auftrag (Bodenlegearbeiten U3) in Höhe von Brutto 8.642,23 € an Fa. Rene Scharf zu erteilen.
	7.2	Beschluss, den Auftrag (Malerarbeiten U3) in Höhe von Brutto 3.307,61 € an Fa. Tschischka zu erteilen.
	7.3	Beschluss, den Auftrag (Trockenbauarbeiten U3) in Angebotshöhe von Brutto 6.649,72 € an Fa. Back zu erteilen.
	7.4	Beschluss, den Auftrag (Schreinerarbeiten U3) in Höhe von Brutto 11.316,90 € an Fa. Konrad Pfeffer zu erteilen.
	8.1	Beschluss, dem Abweichungsantrag (Umnutzung und Ausbau einer Scheune im OT Allna) zuzustimmen.
13.11.2014	5	Beschluss, dem geänderten Entwurf des Kindergartenbetriebsvertrages zuzustimmen.
	8	Beschluss, folgend aufgeführte Personen für die Zeit vom 01.12.2014 bis 30.11.2018 zu berufen (Wildschadenschätzer): Wildschadenbezirk I: - Wildschadenschätzer: Eckhard Herrmann, Niederweimar / Stellvertreter: Alfred Wallenwein, Allna Wildschadenbezirk II: - Wildschadenschätzer: Joachim Gabriel, Stedebach / Stellvertreter: Jens Eidam, Roth

		Forstsachverständiger: - Ullrich Höcker (Forstamt Kirchhain), Marburg / Stellvertreter: Arno Süßmann (Forstamt Burgwald), Lahntal
	9	Beschluss, die Bestellung eines Ombudsmannes / einer Ombudsfrau öffentlich im Mitteilungsblatt der Gemeinde Weimar (Lahn) auszuschreiben.
	10.1	Beschluss, den Auftrag zur Aufstellung von Altkleider- und Altschuh-Containern auf den öffentlichen Flächen der Gemeinde Weimar (Lahn) für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2017 an die Fa. DTRW GmbH in 35099 Burgwald zum Angebotspreis von brutto 603,33 €/jährlich je aufzustellendem Container (zunächst 16 Stück) zu erteilen.

Weitere Mitteilungen:

1. Herr Bürgermeister Eidam nahm Bezug auf die Bürgerversammlung, die am 18.11.2014 im Bürgerhaus Niederweimar stattfand. Von 23 aufzunehmenden Flüchtlingen habe die Gemeinde bisher nur 12 aufnehmen können. Im Jahre 2015 kämen weitere 29 Personen hinzu, die in der Gemeinde aufnehmen seien. Er richtete daher den Appell an alle Anwesenden und bat auch, diesen weiterzutragen, freistehende Wohnungen mitzuteilen.
2. Auf die Anfrage nach einer Aufstellung und dem Zustandsbericht der gemeindlichen Feuerwehrhäuser teilte Bürgermeister Eidam mit, dass diese Aufstellung vorliege und er sie in den nächsten Tagen an die Mandatsträger weiterleiten wolle.
3. Am 28.11.2014, so Bürgermeister Eidam, werde ein Gespräch mit der Firma SP-Plus und den gemeindlichen Gremien stattfinden zu dem Thema „Künftige Nutzung der gemeindlichen Bürgerhäuser“. Er erhalte in den nächsten Tagen eine überarbeitete Fassung, die er ebenfalls per Mail weiterleiten wolle, so dass die Möglichkeit der Einarbeitung bestehe.
4. Zu dem Thema „Wiederkehrende Straßenbeiträge“ habe in der Gemeinde Cölbe eine Info-Veranstaltung stattgefunden. Eine nächste Veranstaltung werde in Lahntal stattfinden. Das Thema werde die Gemeinde künftig begleiten.
5. In der letzten Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Marburg sei mitgeteilt worden, dass die Kläranlage Haddamshausen im Jahre 2015 saniert werde.

3. Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2014 bezüglich der Schaffung einer Einsatzstelle "Generationen- und Integrationsmanager" im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes

Drucksache: 30/5/2014/11-16

Das Wort erhielt die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider.

Frau Schneider berichtete von den Beratungen im Ausschuss und skizzierte noch einmal die bisherigen Verhandlungen.

Inzwischen, so Frau Schneider, habe man die Information, dass am 08. Dezember 2014 die Übergabe des Förderbescheides an den Bürgerhilfeverein in Wolfshausen zur Förderung der Koordinatorenstelle erfolgen solle. In dem Ausschuss, so Frau Schneider, sei noch einmal deutlich gemacht worden, dass man mit dem bereits vor 3 Jahren begonnenen Prozess Neuland betrete und

somit auch sicherlich erst später darüber entscheiden könne, ob für die einzurichtende Koordinatorenstelle eine „Zuarbeitung“ in Form eines Bundesfreiwilligendienstleistenden notwendig werden wird.

Diese Meinung wurde auch vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Stephan Wenz, bekräftigt. Ebenso von Herrn Heuser, dem Fraktionsvorsitzenden der FBW.

Einigkeit bestand darüber, dass die Koordinatorenstelle in der Gemeindeverwaltung ihren Sitz haben solle.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Wenz, erklärte, dass sie ihren Antrag zwar aufrechterhalten, aber derzeit nicht weiter verfolgen wolle, so dass eine Abstimmung derzeit nicht notwendig werde.

Beschluss:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine weitere Einsatzstelle im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes als "Generationen- und Integrationsmanager" zu schaffen. Diese Einsatzstelle ist im Organisationsbereich der Jugendpflege der Gemeinde Weimar (Lahn) einzubinden und die Bezeichnung "Kinder- und Jugendpflege" ist zu erweitern auf "Kinder-, Jugendpflege und Generationenmanagement".

Aufgabe des Generationen- und Integrationsmanagers soll es sein, durch den Aufbau und der Pflege von sozialen Strukturen die Nachbarschaftshilfe zu fördern und damit ein Bindeglied zwischen den Generationen einzunehmen, welches außerdem zur schnellen Integration junger Familien in der Gemeinde beitragen soll.

Wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt soll die Koordinierung sowie der Kontakt- und Informationsaustausch mit anderen sozialen, im Gemeindegebiet tätigen Einrichtungen, Vereinen und Gruppierungen sein.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

4. Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: Ober- und unterwasserseitige Wiederanbindung des Altwassers (Röthger Pfuhl) an die Lahn

Drucksache: 60/12/2014/11-16

Es berichtete der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser.

Er führte aus, dass der Ausschuss den vorliegenden Beschlussvorschlag ergänzt habe und der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung empfehle:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Gemeinde Fronhausen zu ermächtigen, die notwendigen Schritte, welche zur Umsetzung der Maßnahme „Röthger Pfuhl“ notwendig sind, durchzuführen. Die konkrete Planung im Bereich des „Röthger Pfuhls“ auf dem Gemeindegebiet Weimar ist vor der Genehmigung mit der Wasserbehörde abzustimmen. Zu beachten sind die Vorgaben, dass das extensiv genutzte Grünland weiterhin bewirtschaftet werden kann und der Kanu-Tourismus auf der Lahn nicht wesentlich beeinträchtigt wird.“

Diesem Beschlussvorschlag habe der Ausschuss einstimmig zugestimmt.

Dem Ausschuss sei es wichtig, dass in der Gemeindevertretung noch einmal deutlich gemacht werde, dass die Fläche des neuen Gewässers, ca. 2 ha, künftig auch von der Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Verband zu pflegen sei.

Der Vorsitzende führte weiter aus, dass er nach Abhandlung dieses

Tagesordnungspunktes um Aufklärung darüber gebeten habe, ob diese Maßnahme, die Renaturierung, als Ausgleichsfläche anerkannt werden könne. In Fronhausen, so seine Informationen, sei dies wohl der Fall gewesen. Der Ausschuss habe daher den Gemeindevorstand gebeten, dies mit der HLG, die den 2. Bauabschnitt „Am roten Weg“ vermarkten soll, entsprechend abzuklären.

Herr Siegfried Koch (SPD) hielt es für sinnvoll, zunächst diesen Sachverhalt zu klären und beantragte daher für seine Fraktion, die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Bürgermeister Eidam erläuterte, dass der Sachverhalt in Fronhausen ein anderer sei, da die Gesamtmaßnahme aus mehreren Teilmaßnahmen bestehe, die teilweise als Kompensationsmaßnahmen anerkannt würden.

Herr Heuser (FBW) erläuterte, dass sich an der Situation nichts ändere bei einer heutigen Beschlussfassung, worauf Herr Koch (SPD) entgegnete, dass keine Eile hinsichtlich der Beschlussfassung bestehe.

Von Herrn Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) wurde bezweifelt, dass es sich hier um aner kennenswerte Kompensationsflächen handele, da es sich bei der Maßnahmenfläche ja bereits um „nicht befestigte“ und „natürliche“ Flächen handele.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ sodann über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes abstimmen:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zurückzustellen bis zur Klärung, ob die Maßnahme als sogenannte „Ausgleichsmaßnahme“ gewertet werden könne.

Beratungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 05.09.2014 auf Durchführung einer Organisationsuntersuchung;

Drucksache: 11/27/2014/11-16

Der Vorsitzende des Haupt, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich, berichtete von den Beratungen im Ausschuss und von den Informationen, die der Bürgermeister zu diesem Thema gegeben habe, auch hinsichtlich der mit der Orga-Untersuchung verbundenen Ausgaben, die zu den „freiwilligen“ Leistungen zählen. Die Aufforderung an den Gemeindevorstand, unverzüglich eine Organisationsuntersuchung durchführen zu lassen, sei vom Ausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen abgelehnt worden.

Es habe eine sehr kontroverse Diskussion stattgefunden, wobei eine Reihe von Fragen weder mit ja noch mit nein beantwortet hätten werden können. Er habe daher 5 Gründe zusammengefasst, die nach seinem Dafürhalten zu klären seien:

1. Keine ausreichenden Informationen über die Kosten und die Zeitspanne der Dauer,
2. keine klare Aussage über die Umsetzung der Ergebnisse,
3. Zweifel am Verhältnis von Kosten und Nutzen.

4. Die Kosten könnten von der Kommunalaufsicht als freiwillige Leistungen beanstandet werden,
5. Vorstellung, die Verwaltung könne eine solche Untersuchung auch ohne Hilfe von außen bewerkstelligen.

Herr Rabenau (SPD) monierte, dass dieser Antrag überhaupt im Ausschuss zur Beratung anstand. Für ihn laute der klare Auftrag an den Gemeindevorstand, der nach seinem Dafürhalten mit einer Beschlussempfehlung einherzugehen habe. Herr Rabenau stellte den Antrag, zu diesem Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung keine Abstimmung vornehmen und durch den Gemeindevorstand weitere Informationen einholen zu lassen..

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) griff noch einmal die offenen Fragen auf, die nach seinem Dafürhalten dazu führen müssten, dass weitere Recherchen vorzunehmen seien, die in der nächsten Sitzung des Parlamentes zur Verfügung stehen sollten, woran sich dann eine entsprechende Beratung und Beschlussfassung anschließen könne.

Bürgermeister Eidam machte deutlich, welche Beratungen im Gemeindevorstand erfolgt seien. Der Auftrag der Gemeindevertretung aus der Sitzung vom 25.09.2014 sei gewesen, Stellung zu nehmen zu den zu erwartenden Kosten und zu dem vorgesehenen Zeitfenster. Die Kosten seien benannt worden, ebenso das Zeitfenster. Darüber hinaus habe es im Gemeindevorstand bereits die Vorstellung eines Büros, welches solche Untersuchungen durchführe, gegeben. Hier seien Kosten genannt worden für die Organisationsuntersuchung von Verwaltung, Bauhof und Kita von ca. 24.000,-- € + Umsatzsteuer, wobei weitere Module hinzugebucht werden können.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) schlug vor, bei der Gemeinde Lohra, wo nach den Ausführungen im Protokoll eine Organisationsuntersuchung für ca. 50.000,-- € stattgefunden habe, zu klären, welche Veränderungen man daraufhin vorgenommen habe und was man evtl. nicht umgesetzt habe. Er wüsste gerne, was in der Gemeindeverwaltung Lohra bei der Organisationsuntersuchung herausgekommen sei.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) führte aus, dass seine antragstellende Fraktion den Aufgabenkatalog relativ klar umrissen habe. Bisher habe es zu den Kosten lediglich Schätzangaben gegeben und keine Zahlen in Form eines konkreten Angebotes. Für ihn mache es allerdings keinen Sinn, die Ergebnisse aus anderen Kommunen heranzuziehen. Nach Meinung seiner Fraktion müsste zumindest ein weiteres Angebot eingeholt werden, welches Auskunft über Kosten und Leistung gebe.

Herr Laucht (FBW) sprach sich aufgrund der genannten Kosten, die unter Umständen zwischen 25.000,-- und 40.000,-- € liegen würden, dafür aus, eine solche Organisationsuntersuchung nicht durchzuführen, zumal man eine Effizienz nicht absehen könne und der Haushalt der Kommune nach wie vor defizitär sei. Für ihn sei die Botschaft aus dem Ausschuss klar gewesen, nachdem Bürgermeister Eidam erklärt habe, dass die Verwaltung nach seinem Dafürhalten effizient arbeite.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass es natürlich schwierig sei, in Tagen der knappen Haushalte einen Betrag zwischen 30.000,-- und 50.000,-- € aufzuwenden und man nicht wisse, was man dafür erhalte. Insofern seien ihr weitere Informationen natürlich sehr wichtig. Ihre Fraktion stelle sich in der Meinungsbildung jedoch nicht einheitlich dar, sie selbst

sei der Maßnahme sehr offen gegenüber gewesen, da es sicherlich Beispiele dafür gebe, dass eine solche Organisationsuntersuchung Sinn mache. Natürlich müssten alle Beteiligten dahinterstehen. Sie spreche sich auch für eine Verschiebung der Beratung aus und schlug vor, evtl. die Meinung des HSGB oder der Kommunalaufsicht einzuholen.

Bürgermeister Eidam erklärte sich bereit, weitere Angebote einzuholen und Anfragen an den HSGB bzw. an die Kommunalaufsicht zu richten, worauf Dr. Dittrich (CDU) die Meinung vertrat, dass diese weiteren Informationen vor der Beschlussfassung vorliegen sollten.

Für Herrn Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) habe die Diskussion im Ausschuss ebenfalls aufgrund der Aussage des Bürgermeisters deutlich gemacht, dass nach dessen Darfürhalten die Verwaltung effizient arbeite, was für ihn bedeute, dass eine Organisationsuntersuchung nicht nötig sei. Bei dem angeführten Beispiel mit der Gemeinde Lohra sei der Sachverhalt ein anderer gewesen, da sei aus der Verwaltung das Anliegen einer Organisationsuntersuchung an die Gemeindevertretung herangetragen worden.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) machte deutlich, dass es hier nicht um Kritik an der Verwaltung gehe und dass es in jedem Fall wichtig sei, dass alle Bediensteten diese Untersuchung positiv sehen. Ansonsten sehe er auch den Erfolg gefährdet. Bei der Organisationsuntersuchung gehe es darum, wie die Verwaltung „zukunftsfähig“ aufgestellt werden solle. Wenn sich aus der Untersuchung ein Nutzen für die Gemeinde ergebe, so Herr Wenz, sei er sicher, dass der Bürgermeister diesen auch umsetze.

Seine Fraktion werde dafür stimmen, dass dieser Antrag mit den neu aufgeworfenen Fragen im Geschäftsgang bleibe, um ihn erneut in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu beraten.

Der Vorsitzende erklärte, dass der Antrag der SPD-Fraktion der weitergehende Antrag und daher über diesen zunächst abzustimmen sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, zunächst keine Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt vorzunehmen, um ihn erneut in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu beraten. Dazu ist der Gemeindevorstand aufgefordert, auf folgende Fragen, die in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses auftauchten, einzugehen:

1. Keine ausreichenden Informationen über die Kosten und die Zeitspanne der Dauer,
2. keine klare Aussage über die Umsetzung der Ergebnisse,
3. Zweifel am Verhältnis von Kosten und Nutzen.
4. Die Kosten könnten von der Kommunalaufsicht als freiwillige Leistungen beanstandet werden,
5. Vorstellung, die Verwaltung könne eine solche Untersuchung auch ohne Hilfe von außen bewerkstelligen.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen

6. Anfragen

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.**Mündliche Anfragen:**

- a) Herr Heuser (FBW) erklärte, dass er bzw. seine Fraktion gerne Einblick in die Abrechnung des von der HLG vermarkteten Baugebietes „Am roten Weg“ Einblick nehmen würde. Ursprünglich sei es so gewesen, dass die Verwaltung selbst die Vermarktung der Baugebiete vorgenommen habe. Bevor nun wiederum eine externe Vergabe erfolge, interessiere er sich für das Ergebnis der Abrechnung des I. Bauabschnittes.

Bürgermeister Eidam erläuterte, dass die HLG bisher noch keine aktuelle Abrechnung vorgelegt habe. Die Abrechnungen zum 31.12.2013 liegen vor. Er wolle den Vorgang mit dem Gemeindevorstand abstimmen und danach die Information an die Gemeindevertretung weitergeben.

- b) Herr Kaletsch (SPD) nahm Bezug auf den Bericht über die 161. vergleichende Prüfung. In der Sitzung vor den Sommerferien habe er um Informationen zu dem Bericht gebeten. Leider lägen ihm diese bisher nicht vor.

Bürgermeister Eidam antwortete hierauf, dass er veranlassen wolle, dass ihm Informationen über diese vergleichende Prüfung zugehen werden bzw. die Information darüber, wann und wo der Prüfungsbericht eingesehen werden könne.

7. Verschiedenes

- a) Herr Wenz (SPD) nahm Bezug auf die Information, dass es für das Jahr 2014 keinen Haushaltsnachtrag geben würde. Er bat darum, dass der Entwurf des Haushaltes 2015, der in der Dezembersitzung 2014 eingebracht werden solle, vorab einem breiten Gremium, bestehend aus Mitgliedern der Gemeindevertretung (Fraktionsvorsitzende), den Mitgliedern des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Gemeindevorstandes, vorgestellt werden sollte.

Bürgermeister Eidam führte aus, dass er dies bereits angekündigt habe, zunächst allerdings die Eckpunkte mit der Kommunalaufsicht besprechen wolle.

- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stellte die nächste Sitzungsrunde vor:

08.12.2014 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
09.12.2014 Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz,
10.12.2014 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss,
17.12.2014 Sitzung der Gemeindevertretung.

Ende der Sitzung: 21.15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Kurt Barth

Die Schriftführerin:

Rita Rohrbach

